

## **Antrag der Fraktion der CDU**

### **Schwimmen gehen muss erschwinglich bleiben – Erhöhung der Eintrittspreise bei den Bremer Bädern aussetzen!**

Nachdem der CDU-Antrag „Jedes Kind muss schwimmen lernen“ (Drucksache 19/1632) am 26. April 2018 von der Bürgerschaft (Landtag) beschlossen worden ist, geht die CDU-Fraktion davon aus, dass sich alle Fraktionen einig sind, wie wichtig schwimmen können für die Gesellschaft ist. Zum einen vor dem Hintergrund der zahlreichen Badeunfälle im Sommer letzten Jahres, zum anderen im Hinblick auf sportliche Betätigung, da beim Schwimmen gelenkschonend etwas für den Körper getan werden kann.

Es darf jedoch nicht nur den finanziell gut gestellten Kindern und Erwachsenen möglich gemacht werden, regelmäßig ein Schwimmbad der Bremer Bäder zu besuchen. Seit nunmehr sieben Jahren erhöhen die Bremer Bäder kontinuierlich jedes Jahr die Eintrittspreise aufgrund der Verpflichtung durch den Senat. Dies mag aufgrund der steigenden Wasser- und Erhaltungskosten gerechtfertigt sein, darf aber nicht nur zu Lasten der Schwimmer gehen. Die stetig steigenden Preise führen bei den Bremer Hallenbädern bereits jetzt zu rückläufigen Besucherzahlen.

Zum 1. Januar 2019 wurden die Preise nun wieder um durchschnittlich 2,5 Prozent angehoben und dies ohne die zuständige Deputation für Sport vorab zu informieren, um gegebenenfalls nach einer Alternativlösung zu suchen. Viel mehr gab es in jüngster Vergangenheit viele verschiedene Vorschläge aller Fraktionen, wie man die Preisstrukturen neu regeln könnte. Doch statt diese Ideen umzusetzen kam es nun klammheimlich kurz vor Jahresende zur Verkündung dieser Steigerung. Die Regierung ist daher in der Pflicht, diesem Trend entgegenzuwirken und die gestiegenen Kosten gegen zu finanzieren, um die Bremer Bäder und vor allem die Bremer Bürger zu entlasten. Wir brauchen die Bremer Bäder als wichtige Institution der Gesellschaft und müssen verhindern, dass irgendwann Bäder schließen müssen, weil sich niemand mehr den Eintritt in das Schwimmbad leisten kann und schwimmen damit an immer weniger Orten möglich wird.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

1. die zum 1. Januar 2019 erfolgte Preiserhöhung in den Bremer Bädern unverzüglich auszusetzen.
2. der Stadtbürgerschaft bis zum 30. April 2019 einen Finanzierungsplan für den gestiegenen Betriebskostenzuschuss vorzulegen.

Marco Lübke, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU